

## **Kleine Anfrage 4740**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Missachtung der Anhörungsrechte des Ortsbeirates Ahrensdorf (Ludwigsfelde)**

In der Stadt Ludwigsfelde wurde durch die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 die Aufstellung eines Bebauungsplanes (Rousseau-Park) beschlossen, ohne die hierbei nach § 46 Abs. 1 BbgKVerf erforderliche Anhörung des Ortsbeirates Ahrensdorf durchzuführen. Dabei erfolgte dies auf Drängen der Stadtverwaltung mit vollem Wissen und Wollen der Rechtsverletzung durch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Hieraufhin wandte sich der Ortsbeirat an die Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow-Fläming, um die Verletzung seiner Rechte zu rügen. Die Landrätin erklärte, nicht tätig werden zu können, weil es sich lediglich um eine innergemeindliche Angelegenheit handele.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass die Stadt Ludwigsfelde dem Ortsbeirat Ahrensdorf das Recht auf eine substantiierte Anhörung hätte gewähren müssen?
2. Ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung rechtmäßig oder rechtswidrig zustande gekommen?
3. Es ist bekannt, dass die Kommunalaufsicht nur bei öffentlichem Interesse einzuschreiten hat. Stellt die voll-wissentliche Gesetzesverletzung kein öffentliches Interesse dar?
4. Die Anhörung des Ortsbeirates in derartigen Angelegenheiten dient vor allem der Berücksichtigung von Gesichtspunkten und Belangen der Bürgerschaft des Ortsteils. Hat also die Ignorierung dieses Rechts nicht auch eine das öffentliche Interesse begründende Außenwirkung?